



---

**Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rathaus**

Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Fon: 0231 - 5022078

Fax: 0231 - 5022094

[www.gruene-do.de](http://www.gruene-do.de)

An die  
Medien

Dortmund

13.08.08

## Presseerklärung

### Ausbaupläne Flughafen

Mit einer Beschlussfassung des Aufsichtsrates für vorbereitende Maßnahmen zur Ausweitung der Betriebszeiten und zur Verlängerung der Start- und Landebahn werden aus Sicht der GRÜNEN und der Schutzgemeinschaft Fakten geschaffen, die schon jetzt Kosten in Höhe von 800.000 Euro verursachen. Von daher halten wir ein zustimmendes Votum des Aufsichtsrates in dieser Frage zum jetzigen Zeitpunkt unter Berücksichtigung der Koalitionsvereinbarung für inakzeptabel.

Davon unabhängig ist festzustellen, dass die Verlängerung der Betriebszeiten aus Sicht der GRÜNEN und der Schutzgemeinschaft nicht hinnehmbar ist. Tausenden Menschen, darunter Kindern und Pflegebedürftigen, soll die Nachtruhe weiter reduziert werden. Mit einer Verlängerung der Start- und Landebahn sowie der Option auf eine weitere Verlängerung auf 2800 m werden die Belastungen weiter zu- und nicht abnehmen. Prognostiziert sind 350.000 Fluggäste jährlich zusätzlich und ein Anstieg der Flugbewegungen nach 22 Uhr auf ca. 3.600. Diese Perspektiven werden GRÜNE weder jetzt noch nach der Kommunalwahl mittragen. Neben dem notwendigen Schutz der Bevölkerung vor Lärm verbietet sich ein Ausbau auch aus klimapolitischen Gesichtspunkten.

Unter fiskalischen Gesichtspunkten ist ein Ausbau ebenfalls unverantwortlich. „Nur“ 72 Millionen € soll die „abgespeckte“ Erweiterung des Flughafens kosten. Die Stadtwerke und letztlich die GebührenzahlerInnen werden zur Kasse gebeten, obwohl höchst ungewiss ist, was dieser Teilausbau, der laut Kossack immer noch unzureichend ist, bringen wird. Zum einen ist die Zukunft der Billigflieger unter anderem wegen steigender Treibstoffpreise ohnehin unge-

wiss, zum anderen hat Dortmund genügend Konkurrenz in der Nachbarschaft (Münster-Osnabrück und Paderborn).

In der geltenden Luftverkehrskonzeption des Landes NRW ist zudem für Dortmund kein Ausbau vorgesehen und vonseiten des Landes wird auch kein Bedarf nach einer Änderung dieser Konzeption gesehen.

Es muss die grundsätzliche Diskussion darüber geführt werden, was zur Daseinsvorsorge in Dortmund gehört. Ist es der Flughafen ausbau oder sind es Fragen der Gesundheitsvorsorge, sprich Klinikum, oder der Mobilität, sprich Sozialticket.

Was den sogenannten Ratsbürgerentscheid angeht, unterstützen die GRÜNEN grundsätzlich Formen direkter Demokratie. Allerdings muss zwischen einem von BürgerInnen initiierten Bürgerentscheid und einem vom Rat initiierten Entscheid deutlich differenziert werden. Der Rat soll in den Fällen tätig werden können, wenn eine Frage sowohl in der Gemeinde als auch im Rat hoch umstritten ist. Die vorgeschriebene Zwei-Drittel-Mehrheit des Rates soll verhindern, dass der Rat das ihm übertragene Mandat leichtfertig an die BürgerInnen zurückgibt. Bekanntlich ist der Rat in der Frage des Ausbaus des Flughafens nicht zerstritten. Die geltende Koalitionsvereinbarung in Bezug auf den Flughafen wird von der SPD nicht zur Disposition gestellt, die CDU hat sich bisher ebenfalls negativ zum Ausbau positioniert.

Unter Berücksichtigung aller Argumente lässt sich feststellen, dass kein Weg an einer grundsätzlichen Positionierung der Parteien vor der Kommunalwahl vorbeigeht. Die BürgerInnen werden entscheiden, welchen Stellenwert der Ausbau des Flughafens für sie hat. Vor der Kommunalwahl sehen wir keine Notwendigkeit, im Aufsichtsrat oder Rat Vorentscheidungen zu treffen, die den neu gewählten Rat in irgendeiner Weise binden. Wir plädieren eindringlich dafür, die Aufmerksamkeit auf defizitäre Unternehmen mit sozial- und gesundheitspolitischen Aufgaben zu richten.